

# Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula; Bürklin, Wilhelm

## Eliten, Führungsgruppen

Datum der Zweitveröffentlichung: 25.04.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-592422

### Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula; Bürklin, Wilhelm: Eliten, Führungsgruppen. In: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Schäfers, Bernhard (Hg). Opladen : Leske + Budrich, 2001. S. 170-182. DOI: 10.1007/978-3-322-94976-9\_15.

### Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

## Eliten, Führungsgruppen

### 1. Begriff

In den Sozialwissenschaften werden Eliten über ihre Macht bzw. ihren Einfluss auf gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen definiert. *Elitetheorien* befassen sich dementsprechend vor allem mit den Zusammenhängen zwischen Gesellschaftsstruktur, politischer Ordnung und *Elitenstruktur*. Hochindustrialisierte Demokratien zeichnen sich durch eine pluralistische Macht- und Elitenstruktur mit einem hohen Maß an Autonomie für die Eliten der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren aus, was sich in einem hohen Grad an Rekrutierungsautonomie, aber auch in einer komplexen Konstellation gesellschaftlicher und politischer Interessen niederschlägt.

In allen Gesellschaften nehmen die politischen Eliten im engeren Sinne eine zentrale Stellung innerhalb der Machtstruktur ein, da im Sektor *Politik* die formale Autorität angesiedelt ist, für die Gesamtgesellschaft verbindliche Entscheidungen zu treffen. Aufgrund der Ausweitung staatlicher Aufgaben im Zuge gesellschaftlicher *Modernisierung* beschränken sich politische Entscheidungen heute zudem nicht mehr nur auf die Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit, sondern greifen tief in die Verteilung gesellschaftlicher Güter ein. Von daher ist es naheliegend, dass auch die „nicht-politischen Eliten“, d.h. die Eliten privater Organisationen (Unternehmen, Verbände, Medien usw.) versuchen, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, was die Einbeziehung dieser Eliten in die Analyse erfordert.

Angesichts der diskontinuierlichen politischen Entwicklung und der im Vergleich zu den westlichen Nachbarländern späten Demokratisierung Deutschlands hat sich die Frage nach den Beziehungen zwischen *Elitenstruktur* und Demokratie hier immer in besonderer Weise gestellt. Deutschland ist eines der herausragendsten Beispiele dafür, dass Annahmen über einen einfachen linearen Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Modernisierung und Demokratieentwicklung der Differenzierung bedürfen. Dabei kommt den Eliten eine ausschlaggebende Rolle zu. So haben u.a. Higley/Burton (1989) darauf hingewiesen, dass die Herausbildung einer konsensuell geeinten Elite eine unabdingbare Voraussetzung jeder erfolgreichen Demokratisierung ist. Eine solche Elite zeichnet sich durch zwei wesentliche Merkmale aus: einmal durch einen Konsens über die demokratischen Spielregeln und die Bereitschaft, Interessenkonflikte im Rahmen demokratischer Institutionen zu kanalisieren (*restrained partisanship*). Und zum anderen durch eine strukturelle *Elitenintegration*, d.h. durch die Existenz eines dichten Netzwerks von Interaktionsbeziehungen auf Elitenebene, das den Repräsentanten aller wichtigen Organisationen Zugang zu den zentralen politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht.

Die empirische *Eliteforschung* befasst sich hauptsächlich mit drei Themenbereichen: der sozialen Komposition und den politischen Überzeugungssystemen von Eliten sowie mit Kommunikationsmustern auf Elitenebene. Dabei ist immer auch die soziale Repräsentativität

der Eliten sowie die Repräsentation gesellschaftlicher Interessen auf Elitenebene von Interesse, was Vergleichsdaten für die Bevölkerung erfordert.

Bei der Untersuchung nationaler Eliten geht man in der Regel vom sog. Positionsansatz aus, der auf der Annahme basiert, dass die Zugehörigkeit zur gesellschaftlichen Elite – zumindest in differenzierten Gesellschaften – an die Einnahme von Führungspositionen gebunden ist. Die mit der Einnahme solcher Positionen verbundenen formalen Kompetenzen erlauben es den Eliten einerseits, Entscheidungen für ihre eigene Organisation zu treffen. Daneben vertreten sie ihre Organisation aber auch nach außen und wirken damit an kollektiven Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Tragweite mit.

Die Datenlage über die Strukturmerkmale und den Wandel der deutschen Eliten seit dem Kaiserreich ist im internationalen Vergleich exzellent. Dabei geben die beiden jüngsten Studien Auskunft über die Veränderungen in der *Elitenstruktur* seit Beginn der achtziger Jahre und damit über die Auswirkungen des politischen Umbruchs in den neuen Bundesländern und der Vereinigung Deutschlands auf die Elitenstruktur. Dies sind einmal die Mannheimer Elitestudie von 1981, in deren Rahmen 1744 Inhaber von Führungspositionen in verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren befragt wurden (vgl. Hoffmann-Lange 1992), und zum anderen die Potsdamer *Elitestudie* von 1995 mit einer Fallzahl von 2341 Befragten, die von einer vergleichbaren, erstmalig jedoch gesamtdeutschen Positionenauswahl ausging (vgl. Bürklin/Rebenstorf u.a. 1997). Parallel zu diesen beiden Elitebefragungen wurden jeweils repräsentative Bevölkerungsumfragen durchgeführt (1982: n = 2206; 1995: n = 2908), die einen Vergleich zwischen Eliten und Bevölkerung erlauben.

## 2. Sozialgeschichtlicher Hintergrund

### 2.1 Kaiserreich, Weimarer Republik und Deutschland während des Nationalsozialismus

Eine Analyse der Beziehungen zwischen *Elitenstruktur* und Demokratie in Deutschland muss bei der Reichsgründung im Jahr 1871 einsetzen. Denn die These vom deutschen Sonderweg (vgl. u.a. Dahrendorf 1965) geht davon aus, dass diese eine institutionelle Verfestigung vordemokratischer Machtstrukturen mit sich brachte, die sich als Hypothek für die Demokratisierung Deutschlands erwies. Dementsprechend modernisierte sich auch die Elitenstruktur Deutschlands am Ausgang des 19. Jahrhunderts weit weniger als beispielsweise in Frankreich oder England. Der mit der Reichsverfassung geschaffene institutionelle Dualismus von Exekutive und Legislative bewirkte dabei ein Auseinandertreten dieser beiden Gewalten, was sich wiederum in einer zunehmenden Dissoziation exekutiver und parlamentarischer Karrieren niederschlug. Während sich im Reichstag eine bürgerlich geprägte Gruppe professioneller Politiker herausbildete, wurde die lediglich dem Kaiser verantwortliche Reichsexekutive weiterhin durch den Adel und die traditionelle Oberschicht dominiert (Best 1989).

Bürokratie und *Militär* waren die Hauptträger der politischen Ordnung des Kaiserreichs. Nach der vorherrschenden Ideologie der Trennung von Staat und Gesellschaft verkörperten sie das Allgemeinwohl, während politische *Parteien* und Interessengruppen als Vertreter partikularistischer Interessen galten und dementsprechend abschätzig betrachtet wurden. Darüber hinaus verhinderte der institutionelle Dualismus auch die Herausbildung pragmatischer politischer Parteien. Da sie nicht für die Regierungsbildung verantwortlich waren, nutzten die Parteien den Reichstag einerseits zur Artikulation weitreichender, ideologisch-programmatischer Forderungen und andererseits zur pragmatischen Vertretung der Interessen der eigenen Wählerklientel. Dies begünstigte eine Politisierung der Sozialstruktur (Lepsius 1973) und verhinderte die Herausbildung einer echten Parteienkonkurrenz.

Der Übergang zur Weimarer Republik brachte dann 1919 eine institutionelle Reorganisation, die allerdings von keiner nennenswerten *Elitentransformation* begleitet war (vgl. Zapf 1965, Dahrendorf 1965). In den nicht-politischen Sektoren fanden nur marginale organisatorische Veränderungen und kaum ein Elitenaustausch statt. Gleichzeitig stand das Gros der in ihren Positionen verbliebenen traditionellen Eliten in Verwaltung, Justiz, Militär, Wirtschaft und Verbänden der neuen Demokratie distanziert bis ablehnend gegenüber. Innerhalb des Sektors Politik verschob sich allerdings durch die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems das Machtzentrum von der Exekutive zur Legislative, und die konservativen Parteien verloren aufgrund der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse ihre Vorherrschaft.

Eine zweite Ursache für die Schwäche der Weimarer Demokratie ist darin zu suchen, dass neben der mangelnden Akzeptanz der parlamentarischen Institutionen durch die konservativen Eliten auch große Teile der Eliten in den demokratischen Parteien nicht erkannten, dass die Funktionsfähigkeit eines parlamentarischen Systems von der Fähigkeit zur Bildung stabiler Regierungsmehrheiten abhängt und daher eine Umorientierung ihres Verhältnisses zu den übrigen Parteien erforderte. Angesichts der drängenden sozio-ökonomischen Probleme schätzten sie die Gefahr einer Erosion der eigenen Wählerbasis aufgrund wirtschaftspolitischer Zustände höher ein als die politische Gefahr, die von der chronischen Regierungsinstabilität ausging. Die Probleme der parlamentarischen Mehrheitsbildung wurden dabei durch die Präsenz links- und rechtsextremistischer Parteien noch verschärft. Die so entstandene Machtstruktur zeichnete sich also insgesamt durch einen extremen Pluralismus bei gleichzeitiger Unfähigkeit der Eliten zur Überbrückung der tiefgreifenden sozial- und wirtschaftspolitischen Interessenkonflikte aus.

Die nationalsozialistische Herrschaft führte dann zu einem weitgehenden *Elitenaustausch*, der in der zunehmenden Übernahme von Führungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen durch nationalsozialistische Parteigänger bestand. Nach der Machtergrei-

fung, die im Übrigen nicht ohne Unterstützung durch Teile der konservativen Eliten möglich gewesen wäre, etablierten die Nationalsozialisten zunächst die vollständige Kontrolle über den Regierungsapparat und erzwangen durch Verbote und Einschüchterung die Gleichschaltung aller relevanten Interessenorganisationen. Dabei blieb allerdings während der ersten Jahre die Kontinuität in der Organisations- und Personalstruktur weitgehend gewahrt. Diese Kontinuität war Teil der Strategie der legalen Machtergreifung. Erst mit der Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft wurden ab Mitte der 30er Jahre die in ihren Positionen verbliebenen traditionellen Eliten zunehmend entbehrlich und konnten nach und nach durch Nationalsozialisten ersetzt werden (vgl. Zapf 1965). Der einzige Sektor, der während der gesamten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft weitgehend unangetastet blieb, war die *Wirtschaftselite*, die sich ihrerseits ohne größere Reibungen mit dem nationalsozialistischen Regime arrangierte.

## 2.2 *Elitentransformation in Westdeutschland nach 1945*

Während die Gründung der Weimarer Republik lediglich eine Verschiebung in den politischen Machtverhältnissen bei weitgehender Kontinuität der Eliten mit sich gebracht hatte, zeichnete sich der politische Umbruch in Westdeutschland nach 1945 durch ein wesentlich komplexeres Muster von Kontinuität und Wandel aus. Im Sektor *Politik* und in den *Massenmedien* erfolgte eine grundlegende organisatorische Umstrukturierung. Diese wurde nicht zuletzt durch die Lizenzierungspolitik der alliierten Siegermächte erzwungen. Bis zur Gründung der Bundesrepublik wurden nur solche politischen Parteien und Medien zugelassen, deren Führungspersonal über den Verdacht nationalsozialistischen Mitläufertums erhaben war. Dies begünstigte den Aufbau einer neuen Führungsschicht in diesen beiden Sektoren, deren Angehörige teils Personen waren, deren Gegnerschaft zum Nationalsozialismus zweifelsfrei feststand, vielfach aber auch Nachwuchskräfte, die aus Altersgründen politisch unbelastet waren.

In den übrigen Sektoren war die personelle Kontinuität demgegenüber relativ hoch. Lediglich solche Führungskräfte mussten auf Drängen der Westalliierten ausgewechselt werden, die aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Regime diskreditiert waren. Darüber hinaus fand weder ein systematischer Personalaustausch noch eine grundlegende Reorganisation statt. Ganz generell genossen in den nicht im engeren Sinne politischen Sektoren Effizienzkriterien Vorrang vor dem Wunsch, politisch belastete Personen aus dem öffentlichen Leben zu entfernen (vgl. Edinger 1960, Zapf 1965). Neben den Kirchen zeichnete sich die öffentliche Verwaltung durch das höchste Maß an Kontinuität aus. Hier wurde die Entnazifizierungspolitik im Interesse eines schnellen Wiederaufbaus effektiver Verwaltungsstrukturen schon bald wieder aufgegeben, so dass zahlreiche belastete Führungskräfte nach relativ kurzer Zeit in ihre Ämter zurückkehren konnten. Dementsprechend waren von den westdeutschen Eliten der fünfziger Jahre mit Ausnahme der Gewerkschaftselite (0%), der politischen Elite (ca. 3%) und der Medienelite (34%) durchweg mindestens zwei Fünftel der Eliten bereits vor 1940 im selben Beruf bzw. Sektor tätig gewesen.

Die vielfach vertretene These von der Kontinuität der Eliten nach 1945 ist also erheblich zu differenzieren. Sie verweist zwar zu Recht darauf, dass ein Großteil des Führungskräfte-reservoirs, das nach dem Kriegsende für die Übernahme von Elitepositionen zur Verfügung stand, das nationalsozialistische Regime unterstützte oder sich zumindest mit ihm arrangiert hatte. Auch konnten - abgesehen von den nationalsozialistischen Führungskadern - selbst belastete Personen in der Regel sehr schnell wieder eine Berufstätigkeit aufnehmen. Diese Integration war allerdings an die Voraussetzung gebunden, dass sie sich nach außen den neuen politischen Verhältnissen anpassten und auf anti-demokratische politische Aktivitäten verzichteten. Der Aufstieg in die Führungsetagen der neuen politischen Parteien war ihnen zudem mit wenigen Ausnahmen versperrt. Viele ehemalige Nationalsozialisten wichen daher in den privaten Sektor aus, wo sie es vielfach zu beachtlichem Wohlstand und Ansehen brachten (Her-

bert 1997). Andererseits hatte bestenfalls ein Fünftel der Angehörigen der westdeutschen Elite von 1956 dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus angehört. Das dominante Merkmal der westdeutschen Nachkriegselite war also nicht die Zugehörigkeit zum Widerstand, sondern Mitläufertum oder innere Emigration.

In der alten Bundesrepublik hat sich in der Folgezeit eine *Elitenstruktur* entwickelt, die im Wesentlichen der in anderen hochentwickelten, demokratischen Gesellschaften gleicht. Dies gilt zunächst für die soziale Komposition der Eliten. Bereits die nationalsozialistische Herrschaft hatte den Aufstieg neuer sozialer Gruppen in die Eliten begünstigt. Die *Bildungsexpansion* sowie die zunehmende *soziale* und *regionale Mobilität* führten dann nach 1945 zu einer weiteren sozialen Öffnung der Eliten.

Zudem reflektierten die politischen Einstellungen der Eliten ein hohes Maß an Akzeptanz der demokratischen Spielregeln, bei gleichzeitigen Differenzen über die im Parteiensystem verankerten politischen Konfliktlinien. Strukturell zeichnen sich die Eliten durch ein hohes Maß an *Elitenintegration* aus, das aus professionellen Kontakten und der gemeinsamen Teilnahme an politischen Willensbildungsprozessen resultiert. Dabei spielt der Sektor Politik eine herausragende Rolle (vgl. Hoffmann-Lange 1992).

Der Wandel von einer traditionellen, sozial exklusiven, nationalistischen und antidemokratischen Elite, in der die Führungsgruppen der Gewerkschaften und der SPD bestenfalls als Außenseiter toleriert wurden, zu einer modernen, demokratischen *Elitenstruktur* vollzog sich dabei kontinuierlich und war erst mit der Etablierung der sozialliberalen Regierung in den siebziger Jahren abgeschlossen.

### 2.3 *Elitentransformation in Ostdeutschland nach 1945*

In der Sowjetischen Besatzungszone erfolgte demgegenüber nach 1945 eine durch die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD-Führung gesteuerte umfassende *Elitentransformation*. Die gesamte alte Führungsschicht wurde durch Personen ersetzt, die der KPD (bzw. SED) angehörten oder ihr zumindest nahestanden. Die-

ser Elitenaustausch erstreckte sich auch auf den Wirtschaftssektor. Dabei genoss die Etablierung vollständiger politischer Kontrolle über die Gesellschaft eindeutigen Vorrang gegenüber Effizienzkriterien. Dementsprechend verzögerte sich im Vergleich zu Westdeutschland der Wiederaufbau von Verwaltungs-, Justiz- und Wirtschaftsstrukturen.

Analysen der *DDR-Elite* zeigen, dass es sich dabei um eine gerontokratische, monopolistische und von der Gesellschaft abgehobene Elitenformation handelte. Interne Differenzierungen nach Generation, Sektor oder Parteizugehörigkeit spielten eine nur untergeordnete Rolle. Der einzig relevante Rekrutierungskanal war der Aufstieg über die Parteihierarchie. Nachdem sich das SED-Regime nach dem Mauerbau konsolidiert hatte, bahnte sich in den sechziger Jahren ein Generationswechsel innerhalb der DDR-Elite an, von dem sich viele eine Umorientierung der DDR-Politik in Richtung auf einen pragmatischeren ökonomischen und politischen Kurs versprachen (vgl. Ludz 1968). Die entsprechenden Reformansätze erwiesen sich aber als kurzlebig. Stattdessen erneuerte sich die SED-Führung über die Jahrzehnte des Bestehens der DDR nur minimal und das Durchschnittsalter der DDR-Elite nahm im Verlauf der Jahre beträchtlich zu (vgl. Schneider 1994, Meyer 1991).

### 3. Die Elitenstruktur des vereinigten Deutschland

#### 3.1 Wandlungen der Elitenstruktur in den neuen Bundesländern

Das Gebiet der neuen Bundesländer erlebte während der politischen Wende 1989/90 zum zweiten Mal seit 1945 einen abrupten *Elitenwandel*. Die Notwendigkeit einer schnellen Ablösung der *DDR-Elite* ergab sich sowohl aus deren Überalterung als auch aus der monopolistischen Machtstruktur der DDR. Anders als 1945 in Westdeutschland waren nach fast 57 Jahren Diktatur allerdings keine organisatorischen Erfahrungen aus vortotalitärer Zeit mehr vorhanden, an die hätte angeknüpft werden können. Zudem musste die Struktur

der Wirtschaft neu geordnet werden. Durch die Ablösung der *SED* von der Macht entstand daher ein Elitenvakuum. Dementsprechend erstreckte sich der Elitenaustausch nicht nur auf die politische Elite im engeren Sinne, sondern auch auf alle übrigen Eliten.

Innerhalb des kurzen Zeitraums vom Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 pluralisierte sich die ostdeutsche *Elitenstruktur* durch eine zunehmende Emanzipation der Blockparteien, Massenorganisationen und Medien von der Gängelung durch die SED. Auch gründeten sich neue Parteien und Interessengruppen. Die Ablösung der alten Elite, die zunächst innerhalb der SED-Führung begann, beschleunigte sich noch im Verlauf des Jahres 1990. Ab Anfang 1990 reflektierte sie allerdings nicht mehr ausschließlich interne Entwicklungen, sondern ergab sich weitgehend aus der Dynamik des *Einigungsprozesses*. Dabei wurde allgemein davon ausgegangen, dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sich unter „westlichen“ Vorzeichen vollziehen würde, d.h. durch Übernahme des Institutionensystems und des intermediären Systems der alten Bundesrepublik. Westdeutsche Parteien und Verbände versuchten daher bereits ab Anfang 1990, über Fusionen mit ihren ostdeutschen Pendanten in der zunächst noch selbständigen DDR Fuß zu fassen. Die Zusammenschlüsse der ost- und westdeutschen Organisationen erfolgten dabei nicht paritätisch, sondern wurden durch die westdeutschen Partner dominiert. Dies war teilweise eine einfache Konsequenz des Zahlenverhältnisses bei den Mitgliedern. Aber mehr noch resultierte dieses Missverhältnis aus der mangelnden Erfahrung der Ostdeutschen in westlichen Managementmethoden wie auch aus der größeren Finanzkraft der westdeutschen Organisationen.

Angeichts der Übernahme des westdeutschen Institutionensystems ist es nicht weiter verwunderlich, dass Ostdeutsche innerhalb der neuen gesamtdeutschen Elite unterrepräsentiert sind. Dabei fällt diese Unterrepräsentation allerdings sektorspezifisch unterschiedlich aus. Die Werte in Tabelle 1 zeigen, dass knapp zwölf Prozent der befragten Positionseliten vor 1989 in der DDR lebten. Im Sektor Politik sind die Ostdeutschen dabei mit 32 Prozent am stärksten

vertreten, in der Wirtschaftselite (0,4%) und im Militär (0,0%) am schwächsten.

Der im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil hohe Ost-Anteil in der politischen Elite ist dabei vor allem auf den Aufbau landespolitischer Strukturen in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Gleichzeitig hat dort nach 1989 – ähnlich wie in Westdeutschland nach 1945 – ein umfassender Austausch der politischen Elite stattgefunden, der sich selbst auf die PDS erstreckte. Praktisch das gesamte politische Führungspersonal – einschließlich Reformers wie Hans Modrow – wurde abgelöst. Von den 1990 gewählten Landtagsabgeordneten war weniger als die Hälfte bereits zu DDR-Zeiten Mitglied der SED oder einer der Blockparteien gewesen und weniger als ein Zehntel hatte eine parteipolitische Führungsfunktion eingenommen. Zudem konnten die meisten dieser ehemaligen hohen Funktionäre ihr Mandat nicht halten und schieden bereits nach einer Wahlpe-

riode wieder aus den Landtagen (vgl. Lock 1998).

Die ehemalige Opposition spielte als Rekrutierungsreservoir für die neue politische Elite allerdings kaum eine Rolle. Eine Ursache hierfür ist zweifellos darin zu suchen, dass diese in der DDR zahlenmäßig sehr viel kleiner war als in den übrigen osteuropäischen Ländern. Noch gewichtiger dürfte jedoch gewesen sein, dass den Oppositionsgruppen die politische Erfahrung und die organisatorische Basis fehlten, die notwendig gewesen wären, um unter den veränderten Bedingungen wettbewerbsfähige Parteien aufzubauen. Insofern gilt also auch für die neuen ostdeutschen Politiker, was Edinger (1960) bereits für die westdeutschen Eliten nach 1945 konstatierte: Die Mehrheit von ihnen gehörte weder der alten Elite noch dem Widerstand, sondern der „Grauzone“ der Mitläufer an.

Tabelle 1: Regionale Herkunft<sup>1</sup> der Elitemitglieder verschiedener Sektoren 1995

Sektor	Gesamt	Ostdeutsche	Ostquote im Sektor	Verteilung Ost auf Sektoren	Westdeutsche	Westdeutsche im Sektor	Verteilung West auf Sektoren
	n	n	%	%	n	%	%
Politik	499	160	32,1	58,8	339	67,9	16,4
Verwaltung	474	12	2,5	4,4	462	97,4	22,3
Wirtschaft	249	1	0,4	0,4	248	99,6	12,0
Wirtschaftsverbände	173	14	8,1	5,2	159	91,9	7,7
Gewerkschaften	97	12	12,4	4,4	85	87,6	4,1
Massenmedien	281	33	11,8	12,1	248	88,2	12,0
Kultur	101	13	12,9	4,8	88	87,1	4,3
Wissenschaft	164	12	7,3	4,4	152	92,7	7,3
Militär	135	0	0,0	0,0	135	100,0	6,5
Sonstige	168	15	8,9	5,5	153	91,1	7,4
davon: Justiz	42	0	0,0	0,0	42	100,0	2,0
<b>Gesamt</b>	<b>2341</b>	<b>272</b>	<b>11,6</b>	<b>100,0</b>	<b>2069</b>	<b>88,4</b>	<b>100,0</b>

1 Befragte, die angaben, zwischen dem Bau der Mauer 1961 und ihrem Fall 1989 in der DDR gelebt zu haben, wurden als Ostdeutsche klassifiziert, da davonausgegangen werden kann, dass sie politisch und kulturell in der DDR sozialisiert wurden. Befragte mit einem Geburtsort auf dem Gebiet der späteren DDR, die vor 1989 in den Westen übersiedelten, wurden als Westdeutsche klassifiziert (3,4 %).

Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995

Angesichts des Mangels an einschlägig qualifiziertem ostdeutschem Personal wurde bei der Besetzung von Führungspositionen in den neuen Bundesländern vielfach auch auf westdeutsche Führungskräfte zurückgegriffen (vgl. hierzu Derlien 1997, Solga 1996). Die Möglichkeit dieses *Elitentransfers* ergab sich aus der

spezifischen Konstellation der deutschen Teilung und ist insofern als historischer Ausnahmefall zu betrachten. Der Elitentransfer war vor allem in der Verwaltung und hier insbesondere in den Landesministerien der neuen Bundesländer beträchtlich. In der Wissenschaft und den Medien erreichte der Anteil der Eliten west-

deutscher Herkunft Mitte der neunziger Jahre mit 50 Prozent ebenfalls relativ hohe Werte.

In Wirtschaft und Verbänden bedurfte es eines solchen Elitentransfers demgegenüber schon aus dem Grunde nicht, als deren Organisationsstrukturen durch die Vereinigung Deutschlands nur unwesentlich tangiert wurden. Inwieweit der Umzug der zentralen politischen Organe, der politischen Parteien, großer Teile der Bundesministerien und vieler Verbandszentralen nach Berlin in diesen Sektoren dem Führungskräftenachwuchs aus den neuen Bundesländern vermehrte Aufstiegschancen eröffnen wird, bleibt abzuwarten.

Generell war der *Elitentransfer* vor allem in denjenigen Bereichen weniger ausgeprägt, in denen genügend ostdeutsche Anwärter mit den entsprechenden Qualifikationsvoraussetzungen zur Verfügung standen. So sind beispielsweise die meisten in den neuen Bundesländern ansässigen Unternehmen zwar in

Westbesitz, das Management vor Ort stammt jedoch überwiegend aus den neuen Bundesländern selbst. Im Gegensatz zu den mitteleuropäischen Transformationsländern, in denen im Wirtschaftssektor ein beträchtliches Maß an Elitenreproduktion – häufig durch Konversion, d.h. Überwechseln aus dem alten Partei- und Staatsapparat – zu beobachten ist, wurde hier aber, schon bedingt durch die komplette Umstrukturierung der Unternehmen, das ehemalige Führungspersonal fast komplett ersetzt, wobei vor allem die ehemaligen Manager der zweiten Führungsgarnitur das Rekrutierungsreservoir für die neuen Führungspositionen bildeten (vertikale Elitenreproduktion). Dabei ist jedoch zu bedenken, dass es in den neuen Bundesländern kaum Großunternehmen von nationaler Bedeutung gibt, so dass diese Personen überwiegend nicht zur nationalen Wirtschaftselite zählen (Windolf 1996, Gergs/Pohlmann 1999).

Tabelle 2: Soziale Herkunft<sup>1</sup> von Eliten und Bevölkerung 1995 (Zeilenprozent)

	Dienstklasse		
	nicht Dienstklasse	untere Dienstklasse	obere Dienstklasse
Bevölkerung	75,8	18,0	6,2
Gesamtelite	35,4	31,8	32,8
Politiker:			
SPD	39,4	27,6	33,1
CDU/CSU	42,9	28,6	28,6
FDP	29,8	27,7	42,6
B 90/Grüne	44,3	34,0	21,7
PDS	35,9	53,8	10,3
Verwaltung	29,7	35,6	34,7
Wirtschaft	34,3	24,8	41,0
Wirtschaftsverbände	38,9	23,6	37,5
Gewerkschaften	66,3	25,0	8,8
Massenmedien	31,4	37,1	31,4
Wissenschaft	34,3	32,8	32,8
Militär	31,1	32,8	36,1
Kultur	32,5	22,5	45,0
Sonstige	29,7	39,2	31,1

1 Beruf des Vaters.

Zuordnung zu den Kategorien:

Nicht Dienstklasse: kleine Selbständige mit weniger als zehn Mitarbeitern, Landwirte, Arbeiter, Industrie- und Werkmeister, einfache Angestellte, Öffentlicher Dienst: Einfacher Dienst

Untere Dienstklasse: Angestellte mit eigenverantwortlicher Tätigkeit, Öffentlicher Dienst: Mittlerer und Gehobener Dienst, Berufssoldaten

Obere Dienstklasse: Selbständige mit mindestens zehn Mitarbeitern, Selbständige Freiberufler, Angestellte mit Führungsaufgaben, Öffentlicher Dienst: Höherer Dienst.

Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995

Geht man davon aus, dass die Inhaber von Führungspositionen der zweiten Ebene den Pool für die Rekrutierung der nächsten Generation von Top-Eliten darstellen, so wird es also in einigen Sektoren, v.a. in Verwaltung, Justiz und Wirtschaft, noch längere Zeit dauern, bis die Unterrepräsentation der Ostdeutschen in der gesamtdeutschen Elite abgebaut sein wird.

### 3.2 Soziale Komposition der Eliten

Die soziale Zusammensetzung von Eliten ist vor allem unter dem Aspekt der Offenheit des Aufstiegs in Führungspositionen von Interesse. Der größte Unterschied zur Bevölkerung existiert zunächst im Hinblick auf das formale *Bildungsniveau*. Über drei Viertel der Eliten (77%) haben ein Hochschulstudium abgeschlossen, während es in einer nach Alter und Erwerbsstatus her vergleichbaren Gruppe der Gesamtbevölkerung lediglich 9% sind.

Tabelle 2 zeigt darüber hinaus, dass die Eliten sich weit überproportional aus Familien mit höherem sozialem Status rekrutieren. Klassifiziert man den Beruf des Vaters danach, ob dieser zur unteren, zur oberen oder nicht zur Dienstklasse zählt, so stammen drei Viertel der Bevölkerung aus der untersten Klasse, während sich die Eliten zu je einem Drittel aus diesen drei Klassen rekrutieren.

Dabei existieren gleichzeitig deutliche Unterschiede zwischen den Eliten der verschiedenen Sektoren. Während sich die *SPD*-Politiker in ihrer sozialen Herkunft inzwischen kaum mehr von denen der bürgerlichen Parteien unterscheiden, weisen die Politiker *der Grünen* und der *PDS* eine deutlich niedrigere soziale Herkunft auf.

Die Gewerkschaftseliten stammen nach wie vor mehrheitlich aus einfachen Verhältnissen. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Mannheimer Elitestudie von 1981 zeigt aber, dass der entsprechende Anteilswert seit 1981 von 78,2% auf 66,3% gesunken ist. Damit folgen auch die Gewerkschaften, wie zuvor schon die *SPD*-Politiker, einem allgemeinen Trend zur Rekrutierung ihrer Führungsgruppen aus den Dienstklassen, die auf die Akademisierung der Eliten zurückzuführen ist.

Am anderen Ende der Skala befinden sich die *FDP*-Politiker sowie die Wirtschafts- und Kultureliten, die zu jeweils mindestens zwei Fünfteln aus der oberen Dienstklasse stammen. Die Anteilswerte haben sich dabei – abgesehen von den *SPD*- und den Gewerkschaftseliten – seit 1981 kaum geändert.

Im Hinblick auf die Offenheit der Elitenrekrutierung sind nicht zuletzt auch die Zugangschancen von *Frauen* von Interesse. Noch 1981 zeichneten sich die westdeutschen Eliten durch eine fast vollständige Abwesenheit von Frauen aus. Lediglich in der politischen Elite waren sie bereits damals mit 6,2% vertreten, in den übrigen Eliten lag ihr Anteil insgesamt bei nur 1,7%. Eine Ausnahme machten damals auch noch die Medienelite (7,0%), die Gewerkschaftselite (6,9%) und die Kulturelite (6,7%). Der Frauenanteil ist seitdem vor allem in der politischen Elite erheblich gestiegen und erreicht insbesondere bei *den Grünen* (56,0%), der *PDS* (59,1%) und der *SPD* (35,5%) hohe Werte. Selbst beim Schlusslicht *CSU* liegt er inzwischen bei 15,8%. In den übrigen Eliten war der Zugewinn der Frauen dagegen weit weniger ausgeprägt und der Frauenanteil liegt auch 1995 bei lediglich 8,5%. Am resistenteren haben sich dabei Wirtschaftsunternehmen (0,8%), Wirtschaftsverbände (1,4%), die Wissenschaft (3,6%) und die Verwaltung (5,7%) erwiesen. Aber selbst in den *Massenmedien*, die 1981 den höchsten Frauenanteil der nichtpolitischen Eliten aufwiesen, war die Zunahme mit nur 0,1% auf 7,1% äußerst bescheiden.

Traditionell sind *Katholiken* nur unterdurchschnittlich in den Eliten vertreten, wobei diese Unterrepräsentation in erster Linie durch konfessionell unterschiedliche Traditionen der Berufswahl und nicht durch die Existenz von Aufstiegsbarrieren bedingt ist. Es handelt sich dabei auch nicht um ein spezifisch deutsches Phänomen, denn vergleichbare Ergebnisse finden sich auch in anderen gemischt-konfessionellen Gesellschaften (vgl. hierzu Hoffmann-Lange 1992).

Demgegenüber lag in Westdeutschland der Anteil der *Konfessionslosen* in den Eliten 1981 weit höher als in der Bevölkerung. Die allgemeine Abnahme kirchlicher Bindungen

setzte in den Eliten – mit Ausnahme der Unionspolitiker – also sehr viel früher ein als in der Gesamtbevölkerung. Die Werte in Tabelle 3 zeigen aber, dass sich in den nichtpolitischen Eliten aus den alten Bundesländern der Anteil der Konfessionslosen von 1981 bis 1995 nur noch geringfügig erhöht hat und

1995 sogar geringfügig niedriger lag als in der westdeutschen Gesamtbevölkerung. Da die Eliten im allgemeinen Vorreiter gesellschaftlicher Trends sind, lässt sich daraus schließen, dass der Säkularisierungstrend sich offensichtlich inzwischen abgeschwächt hat.

Tabelle 3: Kirchliche Bindung in Eliten und Bevölkerung, 1981 und 1995 (Zeilenprozent)

	Befr.- jahr	Katholiken			Protestanten			Konfessionslose
		Kern <sup>1</sup>	Rand <sup>2</sup>	Formal <sup>3</sup>	Kern <sup>1</sup>	Rand <sup>2</sup>	Formal <sup>3</sup>	
Bevölkerung	1981	21,8	10,4	12,5	7,2	13,7	27,0	7,5
Politiker:								
SPD		3,3	5,0	5,0	9,1	17,4	35,5	24,8
CDU/CSU		44,0	6,4	4,8	17,6	20,0	7,2	0,0
FDP		4,2	4,2	8,3	12,5	16,7	45,8	8,3
andere Eliten		13,2	7,3	8,5	8,8	19,3	24,0	19,0
Bevölkerung	1995	8,2	7,0	13,5	5,0	9,1	22,9	34,4
Politiker:	Gesamt							
SPD		1,4	6,5	6,5	10,1	25,9	22,3	27,3
CDU/CSU		37,8	10,9	3,4	16,0	21,0	9,2	1,7
FDP		4,9	3,3	8,2	4,9	18,0	31,1	29,5
B90/Grüne		0,0	3,5	8,8	4,4	8,0	15,9	59,3
PDS		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0
andere Eliten		12,0	7,7	8,1	9,2	18,4	18,4	26,1
Bevölkerung	1995	11,1	11,3	19,8	3,9	7,6	19,4	27,0
Politiker:	West							
SPD		1,0	6,3	8,3	7,3	25,0	25,0	27,1
CDU/CSU		41,9	11,6	3,5	11,6	17,4	11,6	2,3
FDP		4,3	4,3	10,6	6,4	23,4	34,0	17,0
B90/Grüne		0,0	3,6	10,8	1,2	7,2	15,7	61,4
andere Eliten		12,5	8,2	8,5	9,1	18,5	19,2	23,9
Bevölkerung	1995	1,2	1,0	1,0	1,4	2,2	8,1	85,0
Politiker:	Ost							
SPD		2,3	7,0	2,3	16,3	27,9	16,3	27,9
CDU/CSU		27,3	9,1	3,0	27,3	30,3	3,0	0,0
FDP		7,1	0,0	0,0	0,0	0,0	21,4	71,4
B90/Grüne		0,0	3,3	3,3	13,3	10,0	16,7	53,3
PDS		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0
andere Eliten		4,5	0,0	2,7	9,9	17,1	5,4	60,4

1 Kernmitglieder = Kirchgangshäufigkeit mindestens einmal im Monat

2 Randmitglieder = Kirchgang mehrmals im Jahr

3 Formalmitglieder = Kirchgang seltener oder nie

Quellen: Mannheimer Elitestudie 1981, Potsdamer Elitestudie 1995

Auch die Anteilswerte der *Konfessionslosen* unter den führenden Politikern der beiden Volksparteien sind bemerkenswert konstant geblieben. Mit den *Grünen* ist aber im Westen eine weitgehend säkularisierte Gruppe von Politikern hinzugekommen. Die ostdeutschen Politiker der *CDU*, *SPD* und der *Grünen* unterscheiden sich im Hinblick auf den Anteil der Konfessionslosen kaum von ihren jeweiligen westdeutschen Parteikollegen. Dagegen

liegt dieser Anteilswert bei den ostdeutschen *FDP*-Politikern und ganz allgemein in den aus dem Osten stammenden nichtpolitischen Eliten deutlich höher als im Westen, allerdings immer noch niedriger als in der Bevölkerung der neuen Bundesländer.

### 3.3 Politische Einstellungen der Eliten

Vergleiche zwischen Eliten und Bevölkerung zeigen durchweg, dass die Eliten sich auch im Hinblick auf ihre politischen Wertorientierungen und Einstellungen von ihren Wählern unterscheiden. Diese Unterschiede resultieren primär aus den Rollenunterschieden zwischen beiden Gruppen. Das Verhältnis zwischen politischen Eliten und Wählern ist dabei in erster Linie unter dem Aspekt der politischen Repräsentation von Interesse. Die Wähler sind primär Konsumenten von Politik und schenken dieser zumeist nur eingeschränkte Aufmerksamkeit. Dies resultiert in vielfach hohen

und teilweise auch inkonsistenten Erwartungen an staatliche Leistungen. Auch sind die politischen Überzeugungssysteme der Wähler weit weniger ausdifferenziert als die der Parteipolitiker. Ihre politischen Einstellungen reflektieren daher die zwischen den Parteien bestehenden politischen Konflikte in sehr viel schwächerem Ausmaß. Dies erschwert zwar einerseits die Kommunikation zwischen Politikern und Wählern, verleiht aber andererseits den politischen Eliten auch beträchtliche Handlungsspielräume. Denn die Wählererwartungen sind in der Regel eher diffuser als spezifischer Natur.

Tabelle 4: Wahlabsicht in Eliten und Bevölkerung, 1981 und 1995 (Zeilenprozent)

	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	PDS	Nicht- wahl
Bundestagswahl 1980 <sup>1</sup>	44,5	42,9	10,6	1,5	-	-
Bundestagswahl 1983 <sup>2</sup>	48,8	38,2	6,9	5,6	-	-
nichtpolitische Eliten 1981	49,2	27,0	21,5	1,0	-	1,2
Bundestagswahl 1994 <sup>3</sup>	41,5	36,4	6,9	7,3	4,4	-
nichtpolitische Eliten 1995:						
insgesamt	45,5	27,1	19,1	7,2	0,2	0,9
Verwaltung	51,4	28,6	16,7	2,8	0,0	1,4
Wirtschaft	53,0	15,9	28,9	0,4	0,0	1,7
Wirtschaftsverbände	67,5	5,1	26,1	1,3	0,0	0,0
Gewerkschaften	10,2	79,5	1,1	9,1	0,0	0,0
Massenmedien	31,2	34,4	17,6	15,6	0,8	0,4
Wissenschaft	42,6	26,4	23,6	4,7	0,0	2,7
Militär	79,0	6,7	14,3	0,0	0,0	0,0
Kultur	14,9	28,7	17,0	37,2	1,1	1,1
Sonstige	36,2	37,0	16,7	8,7	0,0	1,4

1 Sonstige: 0,3%, Wahlbeteiligung: 88,6%

2 Sonstige: 0,5%, Wahlbeteiligung: 89,1%

3 Sonstige: 3,5%, Wahlbeteiligung: 79,0%

Quellen: Mannheimer Elitestudie 1981, Potsdamer Elitestudie 1995

Die politischen Eliten sind jedoch nicht nur mit den Wählerwünschen konfrontiert, sondern gleichzeitig und sehr viel unmittelbarer auch mit den Forderungen der übrigen Eliten, die meist sehr konkreter Natur und mit beträchtlichem Druckpotential verbunden sind. Insofern beinhaltet politische Repräsentation immer eine komplexe Beziehung zwischen politischen Eliten, anderen Elitegruppen und den Wählern. Ein Vergleich zentraler politischer Einstellungen der nichtpolitischen Eliten mit denen der Bevölkerung vermittelt daher einen Eindruck von den divergierenden Erwartungen, denen sich die politischen Eliten

ausgesetzt sehen. Als Indikator hierfür kann die Parteinähe dienen. Denn die politischen Konflikte zwischen den Parteien spiegeln ja immer auch Konflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Interessen wider. Diese Konflikte sind im deutschen Parteiensystem – wie auch in den übrigen westeuropäischen Parteiensystemen – mit traditionellen Koalitionen zwischen Partieliten und gesellschaftlichen Gruppen verbunden, die sich in der programmatischen Nähe zwischen einzelnen Parteien und Interessengruppen, aber nach wie vor auch im Wahlverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen niederschlagen.

Die beiden traditionell wichtigsten Konfliktlinien sind dabei die zwischen Unternehmens- und Arbeitnehmerinteressen einerseits und die zwischen säkular-individualistischen und christlich-konservativen *Wertorientierungen* andererseits. Während sich auf der ersten Konfliktlinie bürgerliche Parteien (*CDU/CSU*, *FDP*) und *SPD* gegenüberstehen, trennt die zweite Konfliktlinie die Unionsparteien einerseits und *SPD* und *FDP* andererseits. Mit dem Hinzutreten der *Grünen* hat sich das Bild insofern ausdifferenziert, als die *Grünen* aufgrund ihrer überwiegend hoch gebildeten, mittelständischen Klientel auf der sozioökonomischen Konfliktlinie keine eindeutige Position einnehmen, wohl aber auf der zweiten Konfliktlinie eine dezidiert säkular-individualistische. Sie haben darüber hinaus mit der *Ökologie*-Problematik auch noch ein neues Thema in die Politik eingebracht, zu dem wiederum die übrigen Parteien keine einheitliche Position aufweisen.

Tabelle 4 zeigt, dass im Hinblick auf die Parteineigung einerseits deutliche Unterschiede zwischen nichtpolitischen Eliten und Bevölkerung existieren, andererseits aber fast noch größere zwischen den verschiedenen sektoralen Eliten. Für die Eliten wurde die Parteineigung dabei mittels einer Frage nach der Wahlabsicht gemessen, die für die einzelnen Elitegruppen über die Zeit bemerkenswert stabile Verteilungen aufweist. Da die Antworten auf diese Frage in Bevölkerungsumfragen sehr starken kurzfristigen Schwankungen unterliegen, wurde für die Bevölkerung das tatsächliche Wahlverhalten zugrunde gelegt.

Die *SPD* verfügt in den Eliten über einen relativ schwachen Rückhalt, der deutlich hinter ihren Wahlergebnissen zurückbleibt. Lediglich die Angehörigen der Gewerkschaftseliten stehen überwiegend der *SPD* nahe, wie umgekehrt *Wirtschaftseliten* und die führenden Vertreter der Wirtschaftsverbände den Unionsparteien und der *FDP*. Auch die Verwaltungseliten präferieren mehrheitlich die Unionsparteien. Hier führte die lange Regierungszeit der christlich-liberalen Koalition zwischen 1981 und 1995 zu einem starken Rückgang der *SPD*-Anhänger von 36,7% auf 28,6%. Die *FDP* konnte dagegen ihren in den Eliten immer schon starken Rück-

halt bewahren. Allerdings büßte sie vor allem in der Kulturelite und etwas weniger auch in der Medienelite zugunsten der *Grünen* an Unterstützung ein.

Die *Grünen* genießen schließlich in den nicht politischen Eliten eine vergleichbar hohe Unterstützung wie in der Wählerschaft. Es ist ihnen also gelungen, parallel zu ihrem Aufstieg in der Wählergunst auch in den Eliten eine zunehmende Anhängerschaft zu finden. Dies dürfte in erster Linie damit zusammenhängen, dass diese Partei die Themen des jüngeren, postmaterialistisch orientierten Neuen Mittelstandes vertritt. Von daher hat sie vor allem in den Eliten der Massenmedien und im Kultursektor relativ viele Anhänger.

#### 4. Aktuelle Probleme und Zukunftsperspektiven

Im Zuge der deutschen Vereinigung wurde nicht nur die Institutionenstruktur, sondern auch die *Elitenstruktur* der alten Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer übertragen. Dadurch hat sich in den neuen Bundesländern eine neue Führungsschicht etabliert, die sich fundamental von der DDR-Elite unterscheidet. Die neuen ostdeutschen Eliten rekrutieren sich teilweise – wie in Westdeutschland nach 1945 – aus den ehemaligen Subeliten der zweiten Führungsebene sowie aus Nachwuchskräften. In der Politik sind zudem auch viele Personen tätig, die vorher politisch nicht in Erscheinung getreten waren. In denjenigen Sektoren, in denen westliches Know-How gefordert ist, gab es daneben auch noch einen erheblichen Elitentransfer von West nach Ost.

Die Übernahme der westlichen Strukturen in Verbindung mit diesem *Elitentransfer* trug zu einer zügigen und effektiven Transformation der politischen und ökonomischen Strukturen in den neuen Bundesländern bei. Allerdings wird sie von vielen Ostdeutschen auch heute noch als Kolonisierung durch den Westen empfunden. Denn dadurch verfügen die Bürger der neuen Bundesländer nur über wenige einheimische Führungsfiguren als Identifikationsobjekte. In der Politik ist dies noch am ehesten der Fall. Hier gelang der schnelle

Aufbau einer ostdeutschen politischen Führungsschicht auf Landesebene. Inzwischen sind Politiker aus den neuen Bundesländern auch in verschiedenen bundespolitisch herausgehobenen Führungspositionen vertreten. Vor allem die Strukturen in der Wirtschaft und der langsame wirtschaftliche Aufschwung sind jedoch nach wie vor dazu geeignet, das verbreitete Misstrauen zu nähren, hier habe sich eine Allianz aus westdeutschen Kapitalinteressen und alten DDR-Wirtschaftskadern herausgebildet, die den Aufbau eigenständiger ostdeutscher Wirtschaftsstrukturen behindere.

Im Hinblick auf die politischen Einstellungen zeigen alle verfügbaren Umfrageergebnisse, dass die Erwartungen der Bürger der neuen Bundesländer an staatliche *Sozialleistungen* das auch bei den Westdeutschen nicht unbedeutende Niveau noch deutlich übersteigen. Zudem lassen sich auch im Hinblick auf das Demokratieverständnis Ost-West-Differenzen nachweisen. In den neuen Bundesländern bleibt die Unterstützung für liberal-demokratische Werte deutlich hinter der im Westen zurück, während es umgekehrt eine stärkere Unterstützung für egalitäre Werte gibt. Entsprechende Unterschiede sind auch bei den Eliten nachweisbar und sind auf die unterschiedliche Sozialisation in einem paternalistischen Sozialstaat einerseits und einer marktwirtschaftlich organisierten liberalen Demokratie andererseits zurückzuführen (vgl. Bürklin/Rebenstorf u.a. 1997, Welzel 1997, Rohrschneider 1999). Die höheren sozialpolitischen Erwartungen lassen sich jedoch angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der neuen Bundesländer nur bedingt erfüllen und tragen daher zu einer gewissen Entfremdung zwischen den ostdeutschen Bürgern und den überwiegend westdeutschen Eliten bei.

Bisher steht eine systematische Analyse der Auswirkungen des Regierungswechsels von 1998 und der nachfolgenden Krise der CDU auf die Struktur der politischen Elite noch aus. Beides hat jedoch zweifellos zu einer deutlichen Verjüngung des politischen Führungspotentials beigetragen. Damit wurde endgültig die noch durch Nationalsozialismus, Zweiten Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit geprägte

Generation (Kohl, Blüm, Kanther u.a.) durch jüngere Politiker ersetzt. Da der Regierungswechsel zudem nach einer sehr langen Regierungszeit der christlich-liberalen Koalition erfolgte und darüber hinaus der erste vollständige Regierungswechsel seit 1949 war, zog dieser zwangsläufig auch zahlreiche Umbesetzungen und eine entsprechende Verjüngung in der Verwaltungselite nach sich. In Verbindung mit dem Umzug nach Berlin begünstigt dies eine veränderte Sichtweise der gesellschaftlichen und politischen Problemlagen. Selbst diese weitreichenden Veränderungen dürften jedoch kaum Auswirkungen auf die Elitenstruktur, die vorherrschenden Rekrutierungsmuster und den politischen Grundkonsens innerhalb der deutschen Elite haben.

Die zunehmenden internationalen Verflechtungen haben schließlich in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass politische Entscheidungen mehr und mehr auf inter- bzw. transnationale Institutionen verlagert werden. Dies bedeutet einerseits, dass deutsche Eliten auch über den nationalen Rahmen hinaus an Einfluss gewonnen haben. Andererseits bringt es diese Entwicklung aber auch mit sich, dass national bedeutsame Entscheidungen nicht mehr in die alleinige Entscheidungskompetenz der deutschen Eliten fallen. Nationale Elitestudien sind daher in Zukunft durch solche mit internationalem Fokus zu ergänzen.

## Literatur

- Best, Heinrich: Mandat ohne Macht. Strukturprobleme des deutschen Parlamentarismus 1867-1933, in: ders. (Hg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 175-222
- Bürklin, Wilhelm/Hilke Rebenstorf u.a.: Eliten in Deutschland, Opladen 1997
- Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965
- Derlien, Hans-Ulrich: Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration. Abgang, Rekrutierung und Zusammensetzung ostdeutscher Funktionseleiten 1989-1994, in: Hellmut Wollmann u.a.: Transformation der politisch-administrativen Struktur in Ostdeutschland, Opladen 1997, S. 329-415

- Edinger, Lewis J.: Post-Totalitarian Leadership. Elites in the German Federal Republic, in: American Political Science Review, Vol. 54, 1960, S. 58-82
- Gergs, Hanjo/Markus Pohlmann: Ökonomische Eliten vor und nach der Wiedervereinigung: Die Selektivität des Transformationsprozesses, in: Hornbostel, Stefan (Hg.): Sozialistische Eliten: Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen 1999, S. 223-251
- Herbert, Ulrich: Als die Nazis wieder gesellschaftsfähig wurden, in: DIE ZEIT, Nr. 3, 1997, S. 34
- Higley, John/Michael G. Burton: The Elite Variable in Democratic Transitions and Breakdowns. American Sociological Review, Vol. 54, 1989, S. 17-32
- Hoffmann-Lange, Ursula: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, Opladen 1992
- Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Ritter, Gerhard A. (Hg.): Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56-80
- Lock, Stefan: Ostdeutsche Landtagsabgeordnete 1990-1994, Berlin 1998
- Ludz, Peter Christian: Partielite im Wandel, Opladen 1968
- Meyer, Gerd: Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, Tübingen 1991
- Rohrschneider, Robert: Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany, Oxford 1999
- Schneider, Eberhard: Die politische Funktionselite der DDR, Opladen 1994
- Solga, Heike: Der Elitenimport nach Ostdeutschland. Transformationstypen und Veränderungen in der Elitenrekrutierung, in: Diebold, Martin/Karl-Ulrich Mayer (Hg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung, Opladen 1996, S. 89-109
- Welzel, Christian: Demokratischer Elitenwandel. Die Erneuerung der ostdeutschen Elite aus demokratie-soziologischer Sicht. Opladen 1997
- Windolf, Paul: Die Transformation der ostdeutschen Betriebe, in: Berliner Journal für Soziologie, Heft 4, 1996, S. 467-488
- Zapf, Wolfgang: Wandlungen der deutschen Elite, München 1965

*Ursula Hoffmann-Lange/Wilhelm Bürklin*